



Brinksmeier

De Maizières Veto

DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel (DSU) bekommt seine Personalprobleme nicht in den Griff. Vergangene Woche mußte Diestel der Ost-Berliner SPD schriftlich mitteilen, daß Ministerpräsident Lothar de Maizières (CDU) die geplante Berufung des Sozialdemokraten Dankward Brinksmeier zum Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium abgelehnt habe. Für den Ost-Berliner Studentenpfarrer Brinksmeier, der sich in der Regierungszeit Hans Modrows als Kontrolleur der Stasi-Auflösung mehrfach mit dem alten SED-Apparat angelegt hatte, war es bereits die zweite Ablehnung. Mitte April hatte ihn Diestel selber abgewiesen, später jedoch bei einem Vier-Augen-Gespräch nachgegeben. Nach de Maizières Veto muß die SPD einen neuen Kandidaten vorschlagen. Dagegen soll der frühere SED-Polizeichef von Karl-Marx-Stadt, Peter Müller, auf seinen Posten als Staatssekretär im Innenministerium zurückkehren. Eine Regierungskommission habe über Müller, der für brutale Polizeieinsätze am 7. Oktober vorigen Jahres verantwortlich gemacht und beurlaubt worden war, nichts Belastendes gefunden.

Zackiger Zivilist

Noch vor der deutsch-deutschen Vereinigung will Rainer Eppelmann, Minister für Abrüstung und Verteidigung in Ost-Berlin, den Zivildienst in der DDR der strenger BRD-Praxis angleichen. Dies geht aus dem bisher unveröffentlichten Entwurf des Dienstpflichtgesetzes hervor, das der ehemalige Wehrdienstverweigerer und Bausoldat Eppelmann in Kürze in der Volkskammer einbringen will. Der Entwurf weicht deutlich von dem bisherigen Versprechen Eppelmanns ab, Zivil- und Wehrdienst gleichberechtigt zu gestalten: Während die Dienstzeit bei der Armee weiterhin 12 Monate betragen soll, sieht der Gesetz-

Persilschein erzwungen

Gegen bundesdeutsche Behörden werden neue Vorwürfe in der U-Boot-Affäre erhoben. Ein „unrichtiges Gutachten“ des Eschborner Bundesamtes für Wirtschaft (BAW), so heißt es in einem jetzt bekannt gewordenen Vermerk aus dem Kölner Zollkriminalinstitut, habe dazu geführt, daß jahrelang „entsprechende Ermittlungen“ gegen das Ingenieurkontor Lübeck und die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG wegen der Lieferung von U-Boot-Plänen für Südafrika unterblieben.

Nach Bekanntwerden der Affäre hatten die Eschborner Exportkontrolleure in dem Gutachten vom 2. Juni 1987 erklärt, die Lieferung von Konstruktionsplänen an das Apartheid-Regime sei kein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz, weil damit allein der Bau von U-Booten nicht möglich sei. Der BAW-Persilschein führte zur Einstellung von Verfahren durch die Oberfinanzdirektion (OFD) in Kiel. Der jetzt aufgetauchte Vermerk macht deutlich, wie das Gutachten, dessen

Argumentation die Bundesregierung mehrfach übernahm, zustande kam. Danach versicherte der zuständige BAW-Sachverständige den Kollegen aus der Fahndungszentrale des Zolls bei einem Gespräch am 30. November 1988, er habe die Lieferung nach Südafrika eigentlich für illegal gehalten. Sein Referatsleiter aber habe anders entschieden und – so der Vermerk der Zollfahnder – erklärt, „daß er seinerzeit von „höheren Orts“ aufgefordert worden sei“, ein positives Gutachten zu unterschreiben.

Der Referatsleiter hatte bereits vor Fertigstellung des Gutachtens der OFD mitgeteilt, er beabsichtige, „in dieser Angelegenheit Besprechungen im Bundeswirtschaftsministerium zu führen“. Der damalige Ressortchef in Bonn hieß Martin Bangemann (FDP). Obwohl sie über die Vorgänge im BAW informiert waren, wurden die Kölner Zollfahnder nicht aktiv. Sie lehnten noch im Dezember 1988 weitere Schritte gegen die Firmen unter Hinweis auf das Gutachten ab.



DDR-Bausoldaten

entwurf eine Erhöhung der Zivildienstzeit von 12 auf 15 Monate vor. Die geltende Zivildienstordnung, hatte der Abrüstungsminister unlängst erklärt, gefährde „die personelle Auffüllung der NVA“. „Grundsätzlich“, heißt es in dem Papier, werde die Dienstpflicht durch den Wehrdienst erfüllt. Durch das geplante Gesetz, das, so ein Eppelmann-Mitarbeiter, „mit Bonn abgestimmt ist“, wird zudem der Übergang vom Wehr zum Zivildienst erschwert. Bislang genügte eine „Erklärung“, um aus der Armee in den Zivildienst zu wechseln. In Zukunft soll dies nur noch „in begründeten Ausnahmefällen“ möglich sein.

Schelte für Töpfer

Kritik von allen Seiten erntet Ressortchef Klaus Töpfer (CDU) für seine Pläne zum Neubau des Bonner Umweltministeriums. Das schludrig kalkulierte Projekt soll nach jetzigen Schätzungen zwei- bis dreimal so teuer werden wie geplant, in puncto Umweltfreundlichkeit dagegen weniger professionell als erwartet. Die ursprüngliche Kalkulation der Kosten für die geplanten Öko-Pavillons in Bonn-Beuel ist längst überholt: Vom Kabinett waren 95 Millionen Mark veranschlagt worden. Inzwischen ist von 176 Millionen Mark die Rede. SPD-

Haushälter Ernst Waltemathe befürchtet wegen weiterer Kalkulationslücken sogar eine Verdreifachung der Kosten: „Das wird locker 'ne Viertelmilliarde.“ Auch in Sachen Ökologie beziehen Töpfer und seine Planer Schelte. Der gesetzlichen Vorgabe, „vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen“, könne das Ministerium mit seinen Plänen kaum genügen, urteilt die hauseigene Abteilung



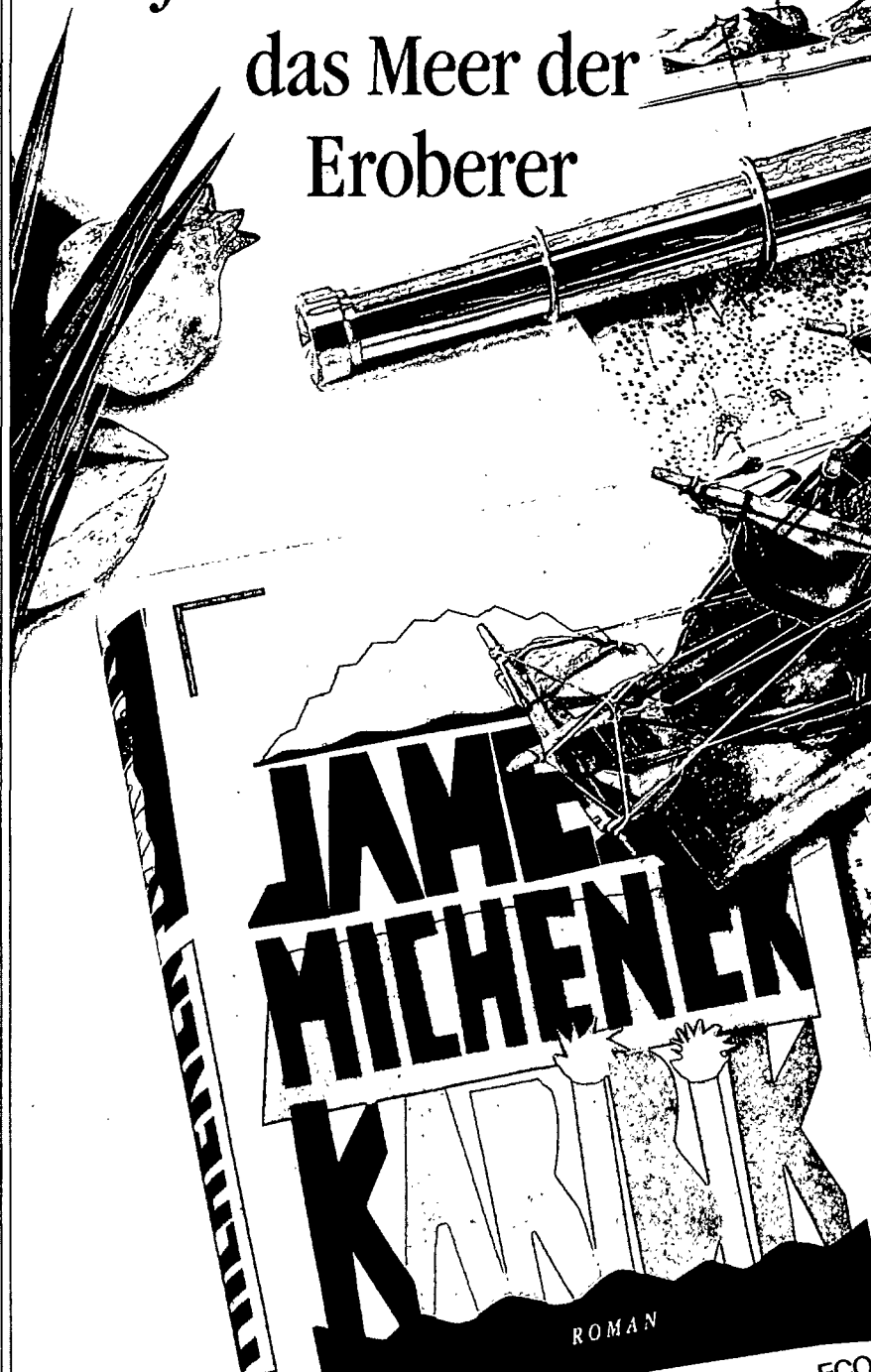
Töpfer

Naturschutz in ihrem Gutachten. Es sei „unverständlich“, daß ökologisch wertvolles Gebiet der „Baumaßnahme vollkommen zum Opfer fallen soll“. Außerdem werde „soviel ‚nachgemachte‘ Natur wie möglich“ auf dem Gelände untergebracht, bemängeln die beamteten Naturschützer. Die Bundesregierung macht ihr Plazet zu dem Bauvorhaben noch von der Entscheidung über die künftige deutsche Hauptstadt abhängig.

Kriminelle Kontakte

Westdeutsche Kriminelle knüpfen nach Polizei-Erkenntnissen „in der DDR geschäftliche Kontakte“. Eine von der Innenministerkonferenz eingesetzte „Kommission OK“ (Organisierte Kriminalität), in der auch zwei Vertreter des Zentralen Kriminalamts der DDR mitarbeiten, stellt in einem Bericht fest, daß seit Öffnung der Mauer „Mitglieder der OK-Szene“ aus dem Bundesgebiet unter Einschaltung von Stroh Männern in der DDR Immobilien erwerben. Deren Ziel sei es, „Eros-Center, Nachtlokale, Pornoshops, Peepshows, Videotheken und Automatenhallen einzurichten“. Dabei würden „Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung der DDR in die geschäftlichen Aktivitäten eingebunden, um dadurch den Erhalt der notwendigen Konzessionen zu sichern“. Westliche Fahnder sollen ihren Kollegen im Osten nun mit einschlägigen Informationen Amtshilfe leisten.

Erleben Sie mit James A. Michener das Meer der Eroberer



Vom Einbruch der kriegesischen Kariben in die friedliche Welt der Arawaks, über die große Zeit der Freibeuter und Bukaniere bis in die Gegenwart des unruhigen Haiti nach dem Sturz des verhassten Diktators Duvalier. Micheners neuer großer Roman. 1024 Seiten, 48,- DM. In jeder Buchhandlung.

ECON